



ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

CDU-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Hagen Aktiv im Rat der Stadt Hagen
FDP-Ratsgruppe im Rat der Stadt Hagen
Fraktion Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI
Ratsgruppe Die Linke im Rat der Stadt Hagen
Ratsgruppe HAK im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Dringlichkeitsvorschlag der Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv, Bürger für Hohenlimburg / Die PARTEI sowie der Ratsgruppen FDP, Die Linke. und HAK
Resolution: Weiträumige Umleitung um gesperrte Rahmedetalbrücke

Beratungsfolge:

23.06.2022 Rat der Stadt Hagen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hagen ruft die Bundes- wie die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dazu auf, alles organisatorisch und rechtlich Machbare umzusetzen, um die Region von den dramatischen Auswirkungen der länger dauernden Sperrung der Rahmedetalbrücke zu entlasten. Die betroffenen Kommunen und der Bürgerbeauftragte sind in die Planung und Umsetzung einzubinden.

Konkret sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Der überregionale Schwerlastverkehr wird – mit Ausnahme des Quell- und Zielverkehrs in der Region – nach Prüfung oder Herstellung der Rechtssicherheit weiträumig umgeleitet. Dazu schlagen die Antragsteller folgende Umleitungen vor:

(nach Süden) in Fahrtrichtung Frankfurt ab Westhofener Kreuz über A1 – A3 – A4
(nach Norden) in Fahrtrichtung Dortmund ab dem Kreuz Olpe über A4 – A3 – A1

Die weiträumige Umleitung des überregionalen Schwerlastverkehrs wird – ebenfalls nach Prüfung oder Herstellung der Rechtssicherheit – mit einem Durchfahrtsverbot für diese Verkehre in der betroffenen Region flankiert. Dazu schlagen die Antragsteller folgende Strecken vor:



Auf den Bedarfsumleitungen U16 und U39 in Lüdenscheid,
auf der B54 im Volmetal zwischen Hagen und Meinerzhagen in beiden Fahrtrichtungen,
auf der B236 im Lennetal zwischen Letmathe und Werdohl in beiden Fahrtrichtungen,
auf der L528 zwischen Halver und Kierspe
auf der L561 zwischen AS Lüdenscheid-Süd und B229 in beiden Fahrtrichtungen.

Alternativ sollen andere Möglichkeiten geprüft und ggf. umgesetzt werden, die dazu dienen, den Schwerlast-Durchgangsverkehr zu reduzieren und zu kontrollieren. Eine Möglichkeit wäre die bereits mehrfach vorgeschlagene „Blockabfertigung“.

Die Bundesregierung unternimmt alles Notwendige, um Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Neubau der Rahmedetalbrücke zu beschleunigen.

Bundes- und Landesregierung NRW schaffen gemeinsam die notwendigen Instrumente für einen finanziellen Ausgleich der Schäden an Infrastruktur, Gebäuden und Landschaft entlang der Umleitungsstrecken, beispielsweise durch einen Sonderfonds.

Kurzfassung

entfällt

Begründung

siehe Anlage

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

☒ sind nicht betroffen

Auswirkungen auf den Klimaschutz und die Klimafolgenanpassung

☒ keine Auswirkungen (o)

Die Fraktionen und Gruppe von
CDU, SPD, Bündnis 90 / Die Grünen, Hagen Aktiv,
BfHo / Die Partei, FDP, Die Linke, HAK

Fraktionen im Rat der Stadt Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Oberbürgermeister

Erik O. Schulz

- im Hause

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207 3184
E-Mail: boehm@cdu-fraktion-
hagen.de

Dokument: 2022_06_23_gemdringantrag\$6(
2)rat_a45-umleitung.docx

22.06.2022

Antrag gem. § 6 (2) GO Rat für die Sitzung des Rates am 23. Juni 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulz,

gemäß § 6 (2) der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des 8. Nachtrages vom 20.05.2021 stellen wir für die Sitzung des Rates der Stadt Hagen am 23.06.2022 wie angekündigt den folgenden Antrag:

Resolution: Weiträumige Umleitung um gesperrte Rahmedetalbrücke

Der Rat der Stadt Hagen ruft die Bundes- wie die Landesregierung Nordrhein-Westfalen dazu auf, alles organisatorisch und rechtlich Machbare umzusetzen, um die Region von den dramatischen Auswirkungen der länger dauernden Sperrung der Rahmedetalbrücke zu entlasten. Die betroffenen Kommunen und der Bürgerbeauftragte sind in die Planung und Umsetzung einzubinden.

Konkret sollen folgende Maßnahmen ergriffen werden:

Der überregionale Schwerlastverkehr wird – mit Ausnahme des Quell- und Zielverkehrs in der Region – nach Prüfung oder Herstellung der Rechtssicherheit weiträumig umgeleitet. Dazu schlagen die Antragsteller folgende Umleitungen vor:

(nach Süden) in Fahrtrichtung Frankfurt ab Westhofener Kreuz über A1 – A3 – A4
(nach Norden) in Fahrtrichtung Dortmund ab dem Kreuz Olpe über A4 – A3 – A1

Die weiträumige Umleitung des überregionalen Schwerlastverkehrs wird – ebenfalls nach Prüfung oder Herstellung der Rechtssicherheit – mit einem Durchfahrtsverbot für diese Verkehre in der betroffenen Region flankiert. Dazu schlagen die Antragsteller folgende Strecken vor:

Auf den Bedarfsumleitungen U16 und U39 in Lüdenscheid,
auf der B54 im Volmetal zwischen Hagen und Meinerzhagen in beiden Fahrtrichtungen,
auf der B236 im Lennetal zwischen Letmathe und Werdohl in beiden Fahrtrichtungen,
auf der L528 zwischen Halver und Kierspe
auf der L561 zwischen AS Lüdenscheid-Süd und B229 in beiden Fahrtrichtungen.
Alternativ sollen andere Möglichkeiten geprüft und ggf. umgesetzt werden, die dazu dienen, den Schwerlast-Durchgangsverkehr zu reduzieren und zu kontrollieren. Eine Möglichkeit wäre die bereits mehrfach vorgeschlagene „Blockabfertigung“.

Die Bundesregierung unternimmt alles Notwendige, um Planungs- und Genehmigungsverfahren für den Neubau der Rahmedetalbrücke zu beschleunigen.

Bundes- und Landesregierung NRW schaffen gemeinsam die notwendigen Instrumente für einen finanziellen Ausgleich der Schäden an Infrastruktur, Gebäuden und Landschaft entlang der Umleitungsstrecken, beispielsweise durch einen Sonderfonds.

Begründung: Die Situation in Folge der Sperrung der Rahmedetalbrücke ist für die Region eine schwere Bürde. Der Umleitungs- und Ausweichverkehr wälzt sich seit Anfang Dezember 2021 durch die Kommunen an Volme und Lenne. Die Anwohner an den Umleitungsstrecken leiden tagtäglich an einer nicht enden wollenden Karawane von LKWs und PKWs. Das Verkehrsaufkommen hat sich seit der Sperrung vervielfacht. In der Folge hat die Belastung durch Lärm, Schadstoffe und Schmutz erheblich zugenommen. Verkehrsbehinderungen und zunehmende Schäden an der Infrastruktur, Gebäuden und der Landschaft entlang der Umleitungsstrecke sind die sichtbaren Belege für eine langfristig unhaltbare Situation.

Ein Grund für die Verkehrsmenge liegt im Güterfernverkehr, der weder mit Start noch Ziel in der Region die Strecke durchfährt. Dieser Anteil des Verkehrs könnte über eine frühzeitige und weiträumige Umleitung von diesem Nadelöhr weggeführt werden. Das würde die Region entlasten und den Verkehr auf allen Strecken flüssiger halten. Mutmaßlich würde die weiträumige Umleitung sogar die Fahrtzeiten der umgeleiteten LKWs verringern.

Eine solche Maßnahme wäre auch deshalb dringend geboten, weil nicht nur Anwohner die Leidtragenden dieser Entwicklung sind: Betroffen ist auch die heimische Wirtschaft sowie das Märkische Klinikum als Maximalversorger. Die regionalen Unternehmen leiden nicht nur unter deutlich längeren An- und Abfahrzeiten, sondern müssen auch den weiter ansteigenden Fachkräftemangel bewältigen. Denn die Situation ist gerade auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer problematisch, die zur Arbeitsstelle pendeln und nun deutlich verlängerte Anfahrtszeiten und Kraftstoffkosten in Kauf nehmen müssen. Zunehmend orientieren sich Beschäftigte um und suchen andere Arbeitsstellen, wodurch der Fachkräftemangel in der Region nochmals verstärkt wird.

Aber es sind auch kleine Unternehmen, Handwerksbetriebe oder auch Gewerbetreibende, die unter dem Stau leiden. Deutlich längere Anfahrtszeiten zu Kunden, aber auch schlechtere Erreichbarkeit für Kunden sorgen für erhebliche Umsatzeinbußen. Immer mehr Unternehmen, die mit nachlassenden Einschränkungen im Zuge der Pandemie gerade wieder in Schwung kamen, haben nun nochmal dramatische Zukunftssorgen.

Ein weiterer Aspekt ist die Sicherheit der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer, insbesondere Personen, die zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs sind. Denn die als Blechlawinen durch die Stadt wälzenden Verkehre nehmen oft zu wenig Rücksicht auf Bürgersteige oder Radwege, sodass der Weg durch die Stadt, zur Arbeit, zum Einkauf, zur Schule oder zum Sport zunehmend gefährlich wird. Eltern sind vollkommen zu Recht in Sorge und erwarten von Politik und Verwaltung, dass ihre Kinder geschützt werden. Somit ist es dringend geboten, endlich für eine spürbare Entlastung zu sorgen. Ein Fernhalten des Verkehrs, der ohnehin nur auf der Durchfahrt ist, würde hier einen wichtigen Beitrag leisten. Ebenso dringlich ist eine Beschleunigung der Verfahren zum Brückenneubau.

Mit der Bitte um weitere Veranlassung und freundlichen Grüßen verbleiben

Jörg Klepper
CDU-Fraktionsvorsitzender

Claus Rudel
SPD-Fraktionsvorsitzender

Nicole Pfefferer
Fraktionssprecherin
Bündnis 90 / Die Grünen

Dr. Josef Bücker
Fraktionsvorsitzender
Hagen Aktiv

Peter Arnusch
Fraktionsvorsitzender
BfHo / Die PARTEI

Claus Thielmann
FDP-Gruppenvorsitzender

Elke Hentschel
Gruppenvorsitzende
Die Linke

Ömer Oral
Gruppenvorsitzender
Hagener Aktivistenkreis